

Postulat Simon Röthlisberger (JA!): Offroader-Boom stoppen!

Die schweren Geländefahrzeuge nehmen stetig zu. Diese Entwicklung ist aus Sicht der Verkehrssicherheit und des Energieverbrauchs äusserst problematisch. Der Benzinverbrauch könnte stark gesenkt werden, wenn das Gewicht der Fahrzeuge reduziert würde. Das Gewicht, der Energieverbrauch und CO₂-Austoss sind voneinander abhängige Variablen.

Durch die grosse Masse, die hohe Bauweise und die steife Konstruktion gefährden schwere Geländefahrzeuge überdurchschnittlich Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrerinnen und Velofahrer sowie Personen in normalen Personenwagen:

- Kinder können schon bei tiefen Geschwindigkeiten tödlich getroffen werden, weil Geländewagen sie genau auf Kopfhöhe treffen.
- Die rechte Fahrbahnhälfte wird für Velofahrerinnen und Velofahrer weiter eingeschränkt. Dies führt zu gefährlichen Überholmanövern oder zum Ausweichen der Velofahrerinnen und Velofahrer auf das Trottoir.
- Gemäss einer Studie der Winterthur Versicherung verursachen Geländefahrzeuge im Vergleich zu Pkws etwa 40% häufiger Schäden an andern Personen oder Fahrzeugen. Von den Geländefahrzeugen geht deshalb eine „alarmierende Fremdgefährdung“ aus (Winterthur Versicherung, 6. Juli 2000; siehe www.4x4.jungegruene.ch).
- Auch die Personen in den Geländefahrzeugen wähen sich in einer Scheinsicherheit: Viele der nach EuroNCAP (European New Car Assessment Programme) getesteten schweren Geländefahrzeuge erreichen wegen der steifen Karosserie schlechtere Ergebnisse als Mittelklassewagen. Zudem ist das Risiko des Überschlagens wegen des hohen Schwerpunktes systembedingt.

Die Junge Alternative JA! ist sich durchaus bewusst, dass der Handlungsspielraum auf städtischer Ebene eingeschränkt ist. Dies kann jedoch kein Grund sein, dem Offroad-Boom tatenlos zuzuschauen und keine Initiative zu ergreifen. Zudem liegen Massnahmen wie Fahrverbote, eingeschränkte Parkiermöglichkeiten und Sensibilisierungskampagnen absolut im Einflussbereich der Stadt. Vorstösse zur Einschränkung von schweren Geländefahrzeugen wurden auch in den Städten Paris, Genf und Zürich eingereicht.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf:

1. Massnahmen (auf rechtlicher Ebene und Kommunikationsarbeit) zur Reduktion schwerer Geländefahrzeuge in der Stadt Bern auszuarbeiten. Nur Nutzfahrzeuge (Marktfahrerinnen und Marktfahrer, Handwerkerinnen und Handwerker usw.) sollen von den Einschränkungen ausgenommen sein.
2. In den Bereichen, in welchen der Handlungsspielraum der Stadt Bern eingeschränkt ist (z.B. Besteuerung nach Gewicht), deponiert der Gemeinderat beim Kanton und Bund die Forderung, mehr Kompetenzen zu erhalten, um die Anzahl schwerer Geländefahrzeuge effektiv verringern zu können.

Bern, 9. September 2004

Postulat Simon Röthlisberger (JA!), Catherine Weber, Doris Schneider, Michael Jordi, Natalie Imboden, Martina Dvoracek, Daniele Jenni, Miriam Schwarz, Ruedi Keller

Antwort des Gemeinderats

Zwischen 1990 und 2002 hat in der Schweiz der Anteil der Allradangetriebenen Personenwagen (4x4) am Gesamtbestand der Personenwagen von ca. 10 auf rund 15% zugenommen. In dieser Pkw-Kategorie enthalten sind auch die eigentlichen Geländewagen (Offroader) und die gewöhnlichen Personenwagen mit permanentem oder zuschaltbarem Vierradantrieb. Für Offroader existiert keine allgemeingültige Definition.

Im Herbst 2004 reichte die Berner Nationalrätin Evi Allemann im Nationalrat eine Motion mit der Forderung „Offroader-Boom eindämmen“ ein, zu der inzwischen bereits die Stellungnahme des Bundesrats vorliegt. In der Antwort steht u.a. (Auszüge): „Wie der Bundesrat bereits bei der Behandlung anderer Vorstösse mit der gleichen Zielrichtung festgehalten hat, sind die in der Motion aufgeführten Problemkreise (Verbrauch bzw. CO₂-Ausstoss/Gefährdung schwächerer Verkehrsteilnehmender) nicht geländefahrzeug- oder SUV-spezifisch (SUV = Sport Utility Vehicles, wie die geländegängigen Fahrzeuge auch genannt werden). Sie hängen vielmehr mit dem allgemein zu beobachtenden Trend nach leistungsstärkeren, schwereren und grösseren Fahrzeugen (z.B. auch Mini-Vans) zusammen (...) Offroad-Fahrzeuge sind bei Kollisionen mit schwächeren Verkehrsteilnehmenden nicht gefährlicher als beispielsweise die so genannten Familien-Vans. Das Problem bei diesen Fahrzeugen ist die fehlende oder kurze/steile/hohe Fronthaube. (...) Diese Fahrzeuge lassen sich aber aufgrund der geltenden internationalen Verträge zur Beseitigung technischer Handelshemmnisse nicht vom Schweizer Markt fernhalten. Vorgesehen ist deshalb, dass die Schweiz auf internationaler Ebene bei der Schaffung neuer Fahrzeug-Sicherheitsnormen eine aktive Rolle übernimmt.“

Der Gemeinderat stellt die Argumentation des Bundesrats, welcher die Motion Allemann (SP, Bern) ablehnt, nicht in Frage. Er hält es auch nicht für sinnvoll, dass die Stadt Bern bezüglich der Offroader-Fahrzeuge einen eigenen Weg beschreitet. Verkehrsbeschränkungen mit dem Ziel einer Reduktion schwerer Geländefahrzeuge in der Stadt Bern und mit Ausnahmeregelungen für Marktfahrende und Gewerbetreibende im Berufseinsatz wären unter den gegebenen rechtlichen Voraussetzungen in der Praxis kaum umsetzbar (grosser Aufwand bei der Erteilung von Spezialbewilligungen, auch für auswärtige Fahrzeuge, aufwändige Kontrolle, Gefahr des Missbrauchs, etc).

Der Gemeinderat ist bereit, sich bei den zuständigen Behörden dafür einzusetzen, dass auch auf kantonaler und eidgenössischer Ebene geeignete Massnahmen studiert werden. Denkbar wäre etwa eine Erhöhung der kantonalen Motorfahrzeugsteuern für Offroader-Fahrzeuge.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 16. Februar 2005

Der Gemeinderat